

**Protokoll der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen (AG MmB) bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIntArbSoz) vom 26.11.2018**

**TOP 1 Begrüßung**

Frau Schnellrath begrüßt die Anwesenden.

**TOP 2 Protokollkontrolle**

Das Protokoll der Sitzung vom 17.9.2018 wird angenommen.

**TOP 3 Aktuelle Viertelstunde**

Es liegen keine Themen vor.

**TOP 4 Themen Abteilung Integration**

**TOP 4.1 Gesamtkonzept Geflüchtete – aktueller Stand**

Krankheitsbedingt kann kein/e Vertreter/in der Abteilung Integration an der Sitzung teilnehmen, so dass ein Bericht über den Sachstand des Gesamtkonzepts für Geflüchtete entfällt.

Frau Schnellrath weist auf die öffentliche Präsentation des Gesamtkonzepts hin, die am 17.12.2018 stattfindet.

Die Dokumentation im Nachgang zur Veranstaltung wird an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen versendet.

Der Link für den Lifestream der Veranstaltung befindet sich auf der Seite [www.berlin.de/integration-im-dialog](http://www.berlin.de/integration-im-dialog).

**TOP 5 Themen Abteilung Arbeit**

**TOP 5.1 Modellprojekt zum Budget für Arbeit – aktueller Stand**

Frau Bonde berichtet über den aktuellen Stand des Modellprojekts der Abteilung Arbeit „Beschäftigungsimpulse für Menschen mit Behinderungen durch Nutzung des Budgets für Arbeit“.

Die Interessenbekundungen sind abgeschlossen und die eingegangenen Projektvorschläge werden geprüft. Nach Prüfung werden die ausgewählten Träger gebeten, für ihre Projektvorschläge vollständige Konzepte einzureichen. Da die Auswahl der Projekte und Träger zum Zeitpunkt der Sitzung der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen noch nicht offiziell ist, kann Frau Bonde aus Gründen des Verfahrens keine näheren Angaben über die Projekte machen.

Sofern ein Träger trotz Aufforderung kein konkretes Projektkonzept einreicht, wird ein anderer Träger, der zunächst abgelehnt wurde, zur Konzepteinreichung aufgefordert. Frau Bonde sagt zu, dass sie nach erfolgter Auswahl und Veröffentlichung der Träger und Projekte eine Zwischeninformation an die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen geben wird.

Herr Schenck bat darum, dass bei Ablehnung eines Projektvorschlags eine Begründung für die Ablehnung mitgeteilt wird. Frau Bonde sagte zu, dies nachzuholen.

## **TOP 6 Themen Abteilung Soziales**

### **TOP 6.1 Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – aktueller Stand**

Frau Pöllmann, Monitoring-Stelle Berlin/Deutsches Institut für Menschenrechte eingetragene Verein, erläutert kurz die wichtigsten Punkte, die bei der Erstellung eines Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu beachten sind (siehe Anlage).

Frau Reitemeier stellt noch einmal die (momentanen) Handlungsfelder vor, zu denen im Maßnahmenplan seitens der Senatsverwaltungen sowie der Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen Maßnahmen geplant werden sollen (siehe Anlage).

Bereits bei der Präsentation der Handlungsfelder gab es eine angeregte inhaltliche Diskussion. Es ist unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Konsens, dass Stellungnahmen zum Maßnahmenplan in den jeweils inhaltlich zuständigen Arbeitsgruppen Menschen mit Behinderungen eingebracht werden sollen.

Die bisher eingebrachten Maßnahmen der Senatsverwaltungen zu den einzelnen Handlungsfeldern werden von der Monitoring-Stelle Berlin gelesen und mit Anmerkungen versehen beziehungsweise der Bitte zur Überarbeitung wieder an die Senatsverwaltungen zurück gesendet. In einem weiteren Schritt sollen diese Maßnahmen in den jeweiligen Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der einzelnen Senatsverwaltungen besprochen und die Arbeitsgruppen-Mitglieder aufgefordert werden, selbst Maßnahmen einzubringen.

Der genaue Modus, wie dies geschehen soll, wird in der Sitzung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe UN-Behindertenrechtskonvention am 6.12.2018 mit den Koordinierungs- und Kompetenzstellen der Senatsverwaltungen besprochen. Es wird übereinstimmend festgelegt, dass der erste Termin der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales möglichst im Februar stattfinden soll und dort als einziger Tagesordnungspunkt die bislang eingebrachten Maßnahmen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales für den Maßnahmenplan diskutiert werden. Diese Sitzung wird auf Grund des zeitlichen Bedarfs für drei statt zwei Stunden geplant. Der Termin wird nach Abstimmung rechtzeitig bekannt gegeben.

### **TOP 6.2 Bundesteilhabegesetz – aktueller Stand**

Frau Schnellrath berichtet kurz über den aktuellen Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Das Eckpunktepapier des Teilhabebeirats dazu befindet sich zur Zeit im Umlaufverfahren und wird dann in Senat und Rat der Bürgermeister (RdB) zur Beratung eingebracht.

### **TOP 6.3 Elternassistenz – aktueller Stand**

Frau Schnellrath berichtet, dass ein Antwortschreiben der Senatorin mit einem fachlichen Votum auf den offenen Brief zu Problemen bei der Elternassistenz des Netzwerks behinderter Frauen zwar vorliegt, aber noch nicht versendet wurde. Dies wird in Kürze geschehen.

#### **TOP 6.4 Ausschreibung Integrationsfachdienste – aktueller Stand**

Frau Schnellrath über den aktuellen Stand der Ausschreibung Integrationsfachdienste (IFD). Die Zuschläge für die einzelnen Lose, bis auf eines – der Träger hatte sein Angebot zurückgezogen, sind erteilt.

Herr Reichardt fragte in diesem Zusammenhang konkret nach den Regelungen für den Integrationsfachdienst (IFD) für hörbehinderte Menschen und warum der Grad der Behinderung (GdB), der für die Inanspruchnahme des Integrationsfachdienstes (IFD) berechtigt, eingeschränkt sei?

Frau Schnellrath sagt zu, das Thema in der Verwaltung zu recherchieren. Eine Antwort geht an Herrn Reichardt.

Es wird wiederholt darum gebeten, derart konkrete Fragen vorab an die Geschäftsstelle zu richten, damit zur Sitzung Informationen aus den Fachbereichen der Senatsverwaltung vorliegen.

#### **TOP 7 Verschiedenes**

Die Geschäftsstelle stimmt die Termine für die Sitzungen der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen in 2019 zwischen Frau Schnellrath, Frau Braunert-Rümenapf und Herrn Schwarz ab. Es ist geplant, im kommenden Jahr drei Sitzungen durch zu führen. Die erste Sitzung wird im Februar 2019 stattfinden und länger als üblich veranschlagt. Hier wird der Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin ausführlich besprochen.

Protokollantin. Anke Reitemeier